



Newsletter

aus der Arbeit des Kreistages

November Newsletter

**Liebe Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Göttingen,
liebe Freunde/innen und Bündnispartner/innen,**

Das Jahr neigt sich dem Ende zu und so auch die Zeit der Kreistagssitzungen. Und so wie die Blätter von den Bäumen fallen, so fällt in der letzten Kreistagssitzung der Schein von den anderen Parteien, sich wirklich für die sozialen Interessen ihrer Wähler und Unterstützer einzusetzen.

In der aktuellen Kreistagssitzung haben es SPD und Grüne mehrfach geschafft sich offen gegen Tarifverträge auszusprechen und so offene eine Politik verfolgt die sich gegen anständige Bezahlung und zumutbare Arbeitsbedingungen richtet. Wir haben diese ernüchternden Ergebnisse der Kreistagssitzung letzte Woche für euch in diesem Newsletter zusammengefasst. Die letzte Kreistagssitzung in diesem Jahr findet am 20. Dezember statt. Bis dahin geben wir noch mal alles! Wir wünschen euch eine schöne Vorweihnachtszeit und liebe Grüße. Mohan - Rieke - Hans-Georg - Eckhard - Konrad - Andreas

Offene Gruppensitzung

Jeden Montag findet um 16:30 Uhr die offene Sitzung der Kreistagsgruppe im Kreishaus statt. Dort besprechen wir die anstehenden Themen der kommenden Sitzungen von Kreistag und Ausschüssen und die aktuellen politisch relevanten Themen. Jeder ist eingeladen vorbei zu kommen und auch eigene Themen einzubringen. Wir wollen eine partizipative Politik die allen Menschen im Kreis dient. Die aktuellen Themen findet ihr immer auf unserer [Seite](#). Dort findet ihr auch alle Kontaktadressen wenn ihr Fragen und Anregungen habt.

Göttinger Bürger*asyl unterstützen

Es formiert sich eine breite Bürgerinitiative um Flüchtlingen in unseren Kommunen Zukunft statt Abschiebung anzubieten. Dafür werden nun Unterschriften gesammelt, die Unterzeichnenden rufen dazu auf

- sich zivilgesellschaftlich an die Seite der Kirchengemeinden zu stellen, die Kirchenasyl anbieten
- mit Engagement, Geld, Wohnung oder Zeit Bürger*Asyle für Geflüchtete zu unterstützen
- Flüchtlinge vorübergehend in Bürger*Asylen aufzunehmen

Jetzt unterzeichnen auf der Seite des [Göttinger Bürger*asyl](#). .

Hier folgen nun die wichtigsten Punkte aus der letzten Kreistagsitzung am 08.11.2017, die gesamte Tagesordnung hat 25 Punkte umfasst. Am Ende haben wir noch einige Anfragen gestellt die wir nun auswerten und in die nächsten Anträge einfließen lassen. Die gesamte Tagesordnung findet ihr im [Kreistagsinformationsprogramm](#).

Haushalt 2018

In den kommenden Wochen werden der Kreistag und die Ausschüsse den Haushalt 2018 beraten. Grundlage ist eine Vorlage der Verwaltung. Diesen Vorschlag hat der Landrat in der Sitzung am 8. November 2017 im Kreistag vorgestellt. Nach der derzeitigen Planung sind Einnahmen von 616 Millionen Euro vorgesehen. Dem stehen Ausgaben von 613,6 Millionen Euro gegenüber. Derzeit fehlen im Haushalt also 2,5 Millionen Euro. Das sind wahrscheinlich noch nicht die endgültigen Zahlen, weil die Höhe von bestimmten Zuweisungen vom Land Niedersachsen noch nicht feststehen.

Aus den Jahren 2014 bis 2016 gibt es hingegen noch eine Überschussrücklage von 17,4 Millionen Euro. Diese ist bisher im Haushalt 2018 nicht berücksichtigt worden.

Wie geht es nun weiter?

Vom 16.11.2017 bis zum 14.12.2017 wird der Haushalt in den Ausschüssen beraten.

Beschlossen wird der Haushalt 2018 in der Kreistagsitzung am 20.12.2017.

Wir werden den Haushalt in den nächsten Gruppensitzungen im Kreishaus jeweils montags um 16.30 Uhr beraten. Die Sitzungen sind öffentlich, Gäste sind herzlich willkommen, teilzunehmen, zuzuhören und ihre Expertise und ihr jeweiliges Wissen einzubringen.

Den ganzen Haushaltsentwurf könnt ihr [hier im Kreistagsinformationssystem](#) einsehen.

Rüge für die CDU

Der Landrat hat sich bei der Einbringung des Haushaltes 2018 über das Verhalten der CDU beschwert. Die CDU hatte nach Veröffentlichung der ersten Haushaltsdaten das Defizit und die hohen Personalkosten bemängelt. Sinngemäß hat Herr Reuter der CDU vermittelt, dass auf Vorschlag des CDU-Mitgliedes, Frau Marlis Dornieden, Dezernentin geworden ist. Diese sei jetzt für den Haushalt zuständig, deshalb solle sich die CDU mit Kritik zurückhalten.

So einfach ist es: Die CDU wird mit einem Posten "eingekauft" und jetzt gibt es die Erwartung an die CDU, dass man auch brav den Mund hält.

Beschäftigte bei der GAB: Verhalten der anderen Fraktionen unglaublich

Unser Antrag zur Bezahlung der Beschäftigten der Gesellschaft für Arbeit und Berufsförderung Südniedersachsen mbH (GAB) ist von den anderen Fraktionen im Kreistag am 08.11.2017 abgelehnt worden.

Bei der GAB sind ca. 130 Mitarbeiter beschäftigt, die im Auftrag des Landkreises im Bereich der Beschäftigungsförderung und Flüchtlingsbetreuung Aufgaben wahrnehmen.

Bei dem Antrag ging es nicht darum, dass ein bestimmter Tarifvertrag (TV) Anwendung findet, wie zu Teil von den anderen Fraktionen behauptet, sondern nur darum, dass über den Abschluss eines TV zwischen der Geschäftsführung der GAB und der Gewerkschaft ver.di verhandelt wird. Aber selbst verhandeln wollte die Kreistagsmehrheit nicht. In der Diskussion ist der Sachverhalt von den anderen Fraktionen falsch dargestellt worden. Es wurde das Schreckgespenst eines hohen Tarifabschlusses und der Gefährdung von Arbeitsplätzen an die

Wand gemalt. Wie gesagt: Es ging in dem vorliegenden Antrag "nur" darum, dass man sich mit der Gewerkschaft an einen Tisch setzt und verhandelt.

Wir hatten beantragt, dass bei der Beratung des Antrages im Ausschuss auch der Betriebsrat eingeladen wird. Dies ist von Landrat abgelehnt worden. Kein Protest der anderen Fraktion zu der Entscheidung des Landrates.

Besonders das Verhalten der Fraktionen von SPD und GRÜNEN ist unverständlich. Die beiden Parteien bemängeln auf Bundes- und Landesebene, dass immer weniger Arbeitgeber sich an Tarifverträge halten und die Flucht der Arbeitgeber aus den Tarifverträgen. Gerade die öffentliche Hand sollte in diesem Punkt Vorbild sein. Und die öffentliche Hand ist hier ihre Hand! Im Kreistag Göttingen gibt es eine große Zahl an Gewerkschaftsmitgliedern. Diese sind froh, dass sie in Betrieben oder Verwaltungen arbeiten, in denen es Tarifverträge gibt. Wenn es jetzt um die Kolleginnen und Kollegen bei GAB oder bei der Musikschule geht, sehen sie das anders. Scheinbar sind sie im Kreistag, zum Beispiel als SPD- oder GRÜNEN-, nicht aber als Gewerkschaftsmitglied. Kann man das aber so trennen?

Die dazugehörigen Vorlangen könnt ihr [hier im Kreistagsinformationssystem](#) einsehen unter TO 15.

Ein Tarifvertrag für die Kreismusikschullehrer

Wir haben zum Sanierungskonzept für Kreisvolkshochschule Südniedersachsen gGmbH, welche nur noch die Kreismusikschule umfasst (TO 14) in der Kreistagssitzung den Änderungsantrag gestellt mit der Gewerkschaft ver.di in Verhandlungen zu treten. Grundlage der Verhandlungen sollen die Vorschläge von ver.di vom 07.11.17 sein. Darin erklärt sich die Gewerkschaft im Auftrag der Mitglieder prinzipiell zu Gesprächen über einen Sanierungsbeitrag bereit, den sie an die Bedingungen eines bereits 2014 zugesagten Haustarifs knüpft. Darin enthalten war die Garantie einer Beschäftigungssicherung und eines Rückkehrrechts zum Landkreis, sollte die Sanierung scheitern.

Dieser Antrag wurde von den anderen Fraktionen abgelehnt. Umso schlimmer, da die Vorlage der Verwaltung zeigt, dass der Versuch ein tragfähiges und realistisches Sanierungskonzept vorzulegen, vollständig ist.

Zur Kreismusikschule hat unser Gruppenmitglied Konrad Kelm eine klare und deutliche Rede gehalten. Diese könnt ihr auf [unserer Seite](#) nachlesen.

Zusammenfassung: SPD und Grüne im Kielwasser von CDU und Verwaltung

Auch wenn es im Kreistag offiziell eine Mehrheitsgruppe von SPD, Grünen und den Freien Wählern gibt und damit der CDU und unserer LINKEN PIRATEN PARTEI + Gruppe die Oppositionsrolle zugewiesen ist, entsteht ganz oft oder fast immer dann, wenn es um Ansprüche von Beschäftigten oder um Daseinsfürsorge für Leute mit kleinen und mittleren Einkommen geht, eine schwarzrotgrüne MitteRechtsKoalition, die diese Ansprüche klein macht oder ganz abwürgt. So geschah es auch auf der Kreistagssitzung vom 8.11.2017. Als der CDUFraktionsvorsitzender Dr. Harald Noack demagogisch den Fortbestand der Kreismusikschule in Frage stellte und behauptete, stattdessen könne man 500 Euro pro Schüler verteilen, gab es aus den Reihen von SPD und Grünen keinen Widerspruch, vereinzelt sogar Beifall.

Allerdings braucht sich niemand Hoffnung machen, die CDU wolle tatsächlich 500 Euro pro Musikschüler verteilen, stattdessen dient dieses Gerede nur dazu, der kommunalen Musikschule die Existenzberechtigung abzusprechen. Ebenso abgelehnt wurde der Antrag, für die 130

Beschäftigten der Gesellschaft für Arbeits und Berufsförderung Südniedersachsen mbH (GAB) auch nur in Verhandlungen über einen Tarifvertrag einzutreten. Sogar die Einladung des Betriebsrats zu Gesprächen über die Situation bei der GAB wurde abgelehnt, wie oben bereits erwähnt. Und das von Leuten bei SPD und Grünen, die vielfach selber Gewerkschaftsmitglieder sind.

Der Neoliberalismus hat über die Verwaltung um Bernard Reuter, Marcel Riethig (beide SPD) et. al. den Landkreis fest im Würgegriff. So verbreitet sich im Kreistag der traurige Mut, ganze Belegschaften zu prekarisieren, ihre Organisationen und ihre demokratischen Mitspracherechte gering zu schätzen, Mittel für die Daseinsfürsorge so knapp wie nur möglich zu halten. Dieses skandalöse Verhalten wird sich solange fortsetzen, wie es nicht auf den Widerspruch einer aktiven Zivilgesellschaft stößt.

Ganz große Koalition schränkt Kreistagsdebatten ein - Änderung der Geschäftsordnung

In den letzten Kreistagssitzungen wurden von Seiten unserer Gruppe mehr Anträge eingebracht als von allen anderen Parteien zusammen. So hatte sich in der Septembersitzung auch der Landrat darüber geärgert, dass aus seiner Sicht viel Zeit mit vor allem unseren neu eingebrachten Anträgen verbracht wurde, die zudem auch noch am Anfang der Kreistagssitzung standen. Als Konsequenz hat das in fast allen wichtigen Fragen gut funktionierende Bündnis aus SPD, CDU, Grünen und Freien Wählern, einen Antrag zur Geschäftsordnung eingebracht, der im wesentlichen vorsieht, dass Neuankträge nur noch kurz vom Antragsteller eingebracht werden können ohne dass eine Aussprache stattfindet. In der Debatte klang auch an, dass Neuankträge dann vor allem am Schluss der Sitzung vorgestellt werden sollten, zu dem Zeitpunkt also, wenn Presse und Zuhörer weg sind. Ob diese neue Regelung rechtssicher ist, darf bezweifelt werden. Ausgerechnet das eigene Justizministerium hatte Bedenken angemeldet: Es sieht das Recht der Abgeordneten verletzt, Stellungnahmen abgeben und auf Gesagtes reagieren zu können. Wer jetzt erwartet hätte, dass die Antragsteller ihren Antrag zurück ziehen oder zumindest überarbeiten würden, sah sich getäuscht. Im Kreistag selbst hielten es die Antragsteller ursprünglich noch nicht einmal für nötig ihren Antrag zu begründen. Erst nachdem unser Gruppenvorsitzender Eckhard Fascher als erster Redner der Debatte seinen Widerspruch äußerte und auf die Bedenken des Justizministeriums hinwies, sahen sich die Antragsteller gezwungen, Stellung zu beziehen. Ausgerechnet dem Landrat wertete die Bedenken seines Justizministeriums als Einzelmeinung öffentlich ab, obgleich er durchblicken ließ, dass das zuständige Verwaltungsgericht die Regelung auch wieder kippen könnte. Die Stellungnahme war dann auch am Tag der Kreistagssitzung aus dem Kreistagsinformationssystem verschwunden. Redner der Antragsteller machten deutlich, dass lange Debatten möglichst unterbleiben sollten und man sich kurze Kreistagssitzungen wünscht. Hier sieht der grüne Fraktionsvorsitzende Martin Worbes den Eichsfeldkreis oder den früheren Kreis Osterode als Vorbild, wo diese nur ein bis zwei Stunden dauerten.

Nun wir werden dafür sorgen, dass trotz der neuen Regelung auch weiterhin im Kreistag wichtige Entscheidungen nicht abgenickt, sondern auch diskutiert werden.

FFH-Gebiet Reinhäuser Wald - CDU unterstützt Lobbyinteressen gegen Naturschutz

Gerade bei der Neuregelung von Flora-Fauna-Habitat-(FFH)-Gebieten prallen regelmäßig die Interessen des Naturschutzes mit denen der Nutzer wie Waldeigentümern und Forstwirtschaft aufeinander. Hinzu kommen noch die Kletterer. In einem aufwendigen Verfahren drohen dann auch häufig Interessen des Naturschutzes unter die Räder zu geraten. In diesem Falle wurde aber das Gemeinwohl über wirtschaftliche Interessen gestellt, was vor allem die CDU ärgerte, die dann als Einzige gegen die Verordnung stimmte. So vertrat der CDU-Vertreter Werner Wille Eigentümerinteressen in einer Offenheit wie sie im Kreistag selten vorkommt. Klage führte dieser, da sich die Interessen der Naturschützer offensichtlich durchgesetzt hätten, wogegen die Grundstückseigentümer "aus ideologischen Gründen" benachteiligt würden. Der dabei erfolgende "Eingriff in **das** Eigentumsrecht" veranlasste ihn noch dazu, den "angeblichen Fachbehörden" Arroganz vorzuwerfen, da deren Vertreter und die Naturschützer offenbar keine Eigentümer seien, denn nur diese wüssten, was für den Wald gut sei. Glücklicherweise verwarfen sich nicht nur die Redner unserer Gruppe gegen solche Dreistigkeit. Selbst die FDP mochte sich nicht dem Eigentümer-Lobbyismus der CDU anschließen und betonte, den Erhalt der Biodiversität als wichtige Aufgabe.

Bessere Radwegeverbindung wird geprüft

Ein kleiner Erfolg: Aufgrund unseres Antrages wird jetzt die Verbesserung der Radwegeverbindung zwischen Niedernjessa und Göttingen im Ort Rosdorf, nahe des Leinezuflusses Rase geprüft.

Kontaktadressen unserer Kreistagsabgeordneten und Mitarbeiter

Abgeordnete:

Dr. Eckhard Fascher (Gruppenvorsitzender), Email: fascher@linke-piraten-partei.de

Andreas Gemmecke, Email: gemmecke@linke-piraten-partei.de

Konrad Kelm, Email: kelm@linke-piraten-partei.de

Dr. Mohan Ramaswamy, Email: mkr@linke-piraten-partei.de

Hans-Georg Schwedhelm, Email: schwedhelm@linke-piraten-partei.de

Rieke Wolters, Email: rieke@linke-piraten-partei.de

Mitarbeiter:

Dietmar Reitemeyer, Email: dietmar.reitemeyer@die-linke-goettingen.de, Tel.: 0551 - 525-2108

David Fuchs, Email: david.fuchs@linke-piraten-partei.de Tel.: 0551 - 525 3031

Jeden Montag ab 16:30 Uhr findet im Kreishaus in Göttingen (Reinhäuser Landstr. 4) die öffentliche Gruppensitzung statt. Jede und jeder Interessierte ist herzlich eingeladen uns zu besuchen.

Ausgabe: (7) 14.11.2017

Herausgeber: LINKE PIRATEN PARTEI + Gruppe im Kreistag Göttingen

Sie erhalten diese Email, da sie auf dem Verteiler der Kreisgruppe stehen. [Tragen Sie weitere Emailadressen ein](#) oder [tragen Sie sich aus.](#)

LINKE PIRATEN PARTEI + Kreistagsgruppe, Reinhäuser Landstr. 4, 37083 Göttingen

<http://linke-piraten-partei.de>

